Deutscher Bundestag **Drucksache 16/7367**

16. Wahlperiode 29. 11. 2007

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (15. Ausschuss)

zu der Unterrichtung durch den Parlamentarischen Beirat für nachhaltige Entwicklung
– Drucksache 16/4900 –

Bericht des Parlamentarischen Beirats für nachhaltige Entwicklung „Demographischer Wandel und nachhaltige Infrastrukturplanung“

A. Problem

Nachhaltige Infrastrukturplanung hat im Interesse nachfolgender Generationen absehbare künftige Entwicklungen bereits heute mit zu berücksichtigen. Der demographische Wandel in Deutschland ist gekennzeichnet durch eine älter werdende Bevölkerung, Bevölkerungsrückgang sowie Bevölkerungswanderungen. Es gibt ein Nebeneinander von Wachstums- und Schrumpfungsregionen. Diese Entwicklungstendenzen fordern ein Umdenken in der lange Zeit generell nur auf Wachstum ausgerichteten Infrastrukturpolitik, wobei gleichzeitig die Funktionsfähigkeit der ländlichen Räume gewährleistet sein muss. Künftige Investitionen sind auf ihre Demographiefestigkeit hin zu prüfen und laufende Programme den neuen Erkenntnissen anzupassen. Dazu ist die Zusammenarbeit zwischen Bund, Ländern und Kommunen zu verstärken, wobei die Daseinsvorsorge im ländlichen Raum zu gewährleisten ist. Geplante und künftige öffentliche Infrastrukturmaßnahmen müssen den heutigen, aber auch absehbar künftigen regionalen Erfordernissen gerecht werden.

B. Lösung

Annahme einer Entschließung, mit der die Bundesregierung unter anderem aufgefordert wird, die noch nicht aufgegriffenen Empfehlungen im Bericht des Parlamentarischen Beirats für nachhaltige Entwicklung intensiv zu prüfen, zu bearbeiten, Modellvorhaben zur Zukunftsgestaltung der Daseinsvorsorge zu initiieren und einen Entwurf für einen Handlungs- und Aktionsrahmen zum Umgang mit den Folgen der demographischen Entwicklung für den Aus- und Umbau der technischen und sozialen Infrastruktur zusammen mit den Ländern zu erarbeiten.

Einstimmige Annahme einer Entschließung

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

in Kenntnis der Unterrichtung auf Drucksache 16/4900 folgende Entschließung anzunehmen:

‚I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Infrastruktur ist Grundlage für soziale Teilhabe und wirtschaftliche Entwicklung. Infrastruktur ist stets langfristig angelegt und benötigt einen umfassenden Planungszeitraum, da gleichzeitig ihre ökonomischen, ökologischen und sozialen Folgen berücksichtigt werden müssen. Nachhaltige Infrastrukturplanung hat im Interesse nachfolgender Generationen absehbare künftige Entwicklungen bereits heute mit zu berücksichtigen.

Der demographische Wandel in Deutschland ist gekennzeichnet durch eine älter werdende Bevölkerung, Bevölkerungsrückgang sowie Bevölkerungswanderungen. Es gibt ein Nebeneinander von Wachstums- und Schrumpfungsregionen. Diese Entwicklungstendenzen fordern ein Umdenken in der lange Zeit generell nur auf Wachstum ausgerichteten Infrastrukturpolitik, wobei gleichzeitig die Funktionsfähigkeit der ländlichen Räume gewährleistet sein muss.

Die beiden Berichte der Bundesregierung „Städtebaulicher Bericht 2004“ und „Raumordnungsbericht 2005“ zeigen, dass im Bereich der Infrastrukturplanung ein Umdenken von Bevölkerungswachstum auf Bevölkerungsrückgang erfolgt ist. Das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung hat bereits Modellvorhaben initiiert und erste Ergebnisse vorliegen.

Jetzt geht es darum, die gewonnenen Erkenntnisse umzusetzen. So sind künftige Investitionen auf ihre Demographiefestigkeit hin zu prüfen und laufende Programme den neuen Erkenntnissen anzupassen. Dazu ist die Zusammenarbeit zwischen Bund, Ländern und Kommunen zu verstärken, wobei die Daseinsvorsorge im ländlichen Raum zu gewährleisten ist. Geplante und künftige öffentliche Infrastrukturmaßnahmen müssen den heutigen, aber auch absehbar künftigen regionalen Erfordernissen gerecht werden.

II. Das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung wird aufgefordert,

1. die noch nicht aufgegriffenen Empfehlungen im Bericht des Parlamentarischen Beirats für nachhaltige Entwicklung intensiv zu prüfen, zu bearbeiten und dem Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung sowie dem Parlamentarischen Beirat für nachhaltige Entwicklung über deren Umsetzung bis zum 23. April 2008 zu berichten;

2. Modellvorhaben zur Zukunftsgestaltung der Daseinsvorsorge zu initiieren und über deren Ergebnisse dem Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung sowie dem Parlamentarischen Beirat für nachhaltige Entwicklung noch in dieser Legislaturperiode zu berichten, wobei der ländliche Raum besondere Berücksichtigung finden muss;

3. einen Entwurf für einen Handlungs- und Aktionsrahmen zum Umgang mit den Folgen der demographischen Entwicklung für den Aus- und Umbau der technischen und sozialen Infrastruktur zusammen mit den Ländern zu erar-

beiten. Der Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung sowie der Parlamentarische Beirat für nachhaltige Entwicklung sind über den Entwurf bis zum 31. Dezember 2008 zu unterrichten.‘

Berlin, den 28. November 2007

Der Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

Dr. Klaus W. Lippold	**Dr. Andreas Scheuer**
Vorsitzender	Berichterstatter

Bericht des Abgeordneten Dr. Andreas Scheuer

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat die Unterrichtung auf **Drucksache 16/4900** in seiner 101. Sitzung am 25. Mai 2007 beraten und an den Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung zur federführenden Beratung sowie an den Finanzausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, den Ausschuss für Arbeit und Soziales, den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und den Ausschuss für Tourismus zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Unterrichtung beinhaltet den Bericht des Parlamentarischen Beirats für nachhaltige Entwicklung zum Thema „Demographischer Wandel und nachhaltige Infrastrukturplanung“ mit einer Sachverhaltsdarstellung und Empfehlungen an die Bundesregierung. Schwerpunktmäßig befasst sich der Bericht mit der technischen, verkehrlichen und baulichen Infrastruktur.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Finanzausschuss** hat die Unterrichtung auf Drucksache 16/4900 in seiner 65. Sitzung am 4. Juli 2007 beraten und empfiehlt deren Kenntnisnahme.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat die Unterrichtung in seiner 41. Sitzung am 4. Juli 2007 beraten und empfiehlt deren Kenntnisnahme.

Der **Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** hat die Unterrichtung in seiner 51. Sitzung am 4. Juli 2007 beraten und empfiehlt deren Kenntnisnahme.

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat die Unterrichtung in seiner 57. Sitzung am 4. Juli 2007 beraten und empfiehlt deren Kenntnisnahme.

Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat die Unterrichtung in seiner 38. Sitzung am 4. Juli 2007 beraten und empfiehlt deren Kenntnisnahme.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat die Unterrichtung in seiner 50. Sitzung am 14. November 2007 beraten und empfiehlt einstimmig die Annahme des interfraktionellen Entschließungsantrags auf Ausschussdrucksache 16(16)356 und Kenntnisnahme der Unterrichtung.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat die Unterrichtung in seiner 42. Sitzung am 4. Juli 2007 beraten und empfiehlt deren Kenntnisnahme.

Der **Ausschuss für Tourismus** hat die Unterrichtung in seiner 39. Sitzung am 19. September 2007 beraten und empfiehlt deren Kenntnisnahme.

IV. Beratungsverlauf im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung** hat die Unterrichtung in seiner 50. Sitzung am 14. November 2007 beraten.

Zu dieser Sitzung wurde ein Entschließungsantrag aller Fraktionen (Ausschussdrucksache 16(15)1074) eingebracht, dessen Inhalt sich aus der Beschlussempfehlung ergibt.

Die **Fraktion der CDU/CSU** begrüßte, dass der Entschließungsantrag von allen Fraktionen mitgetragen werde. Das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung habe bereits die Umsetzung einer Reihe von Handlungsempfehlungen des Berichts des Parlamentarischen Beirats für nachhaltige Entwicklung begonnen. Sie erwähnte als Beispiel ein Modellvorhaben zur Daseinsvorsorge im ländlichen Raum. Der Parlamentarische Beirat für nachhaltige Entwicklung habe grundlegende und langfristig orientierte Gedanken zu den Beziehungen zwischen den Zentren und den peripheren Räumen im Hinblick auf Verkehrspolitik und Daseinsvorsorge entwickelt.

Die **Fraktion der SPD** begrüßte, dass ein Konsens erzielt worden sei, welcher den gemeinsamen Entschließungsantrag aller Fraktionen ermöglicht habe. In Bezug auf die Beschäftigung mit Fragen der Nachhaltigkeit sehe man bei den Ländern noch Nachholbedarf. Nachhaltigkeit bei der Entwicklung der Infrastruktur müsse aber auf allen Ebenen gewährleistet sein, weshalb man sich für einen gemeinsamen Aktionsrahmen mit den Ländern und Kommunen ausspreche.

Die **Fraktion DIE LINKE.** führte aus, der demographische Wandel stelle eine ernsthafte Herausforderung dar. Sie lobte die Arbeit des Parlamentarischen Beirats für nachhaltige Entwicklung, betonte aber, dass sie in einer Reihe von Punkten eine andere Auffassung vertrete als die Mehrheit des Hauses. Man müsse die Infrastruktur dem demographischen Wandel anpassen. Bei der Vorbereitung des Entschließungsantrags habe sie ihre Position sehr nachdrücklich vertreten.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** stellte fest, die Grundeinsicht zu dem Thema des Berichts sei es, dass man nun in ein Stadium komme, in dem es in bestimmten Regionen um das Halten auf einem bestimmten Niveau beziehungsweise um Schrumpfung gehe. Die Infrastruktur müsse solchen Entwicklungen rechtzeitig angepasst werden. Man müsse daher bei jeder Infrastrukturentscheidung prüfen, ob sie an die demographische Entwicklung angepasst sei. Dies gelte auch für die Bundesverkehrswegeplanung.

Der Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung empfahl einstimmig, die interfraktionelle Entschließung auf Ausschussdrucksache 16(15)1074 anzunehmen.

Die Unterrichtung wurde zur Kenntnis genommen.

Berlin, den 28. November 2007

Dr. Andreas Scheuer
Berichterstatter



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333